

Beschluss Energieunabhängigkeit statt Krisenanfälligkeit

Antragsteller*in: Markus Böhm, Michael Liehr, Robin Korte, Sonja Völker, Tobias Ernstberger, Tobias Stieb

Tagesordnungspunkt: 5. Anträge aus der Mitgliedschaft

Antragstext

1 Der Angriff der USA und Israels auf den Iran am 28. Februar 2026 und die daraus folgende
2 Energiekrise treffen Menschen weltweit und auch uns in Münster. Zum zweiten Mal innerhalb
3 von vier Jahren zeigt ein geopolitischer Schock, wie verletzlich uns unsere fossile
4 Importabhängigkeit macht. Die wirksamste Antwort ist nicht Abwarten, sondern Beschleunigung:
5 Energiewende, Wärmewende und Mobilitätswende bedeuten heute auch Sicherheits-, Wirtschafts-
6 und Sozialpolitik.

7 Wir GRÜNE in Münster zeigen mit dem Kommunalwahlprogramm 2025 und dem daraus entstandenen
8 Vereinbarungen im Koalitionsvertrag 2025–2030 einen Weg raus aus dieser Dauerkrise. Mit
9 Tempo im Klimaschutz, Vorrang für Erneuerbare-Energien und Transformation in den Sektoren
10 Energie, Wärme und Verkehr sorgen wir für Verlässlichkeit und Sicherheit. Jetzt geht es
11 darum, die getroffenen Vereinbarungen konsequent umzusetzen und sie dort gezielt zu
12 ergänzen, wo sich die politische Lage verändert hat.

13 Die Energiekrise trifft Haushalte mit niedrigen Einkommen besonders hart. Auch deshalb
14 müssen wir unabhängig werden von steigenden Preisen für Öl und Gas. Die Energiewende muss
15 gerecht gestaltet werden. Das reicht von bundesweiten Maßnahmen wie dem Klimageld bis zu
16 kommunalen Angeboten wie Energieberatung und Stromspar-Checks.

17

18 Forderungen an die Bundes- und Landespolitik

19 Viele Hebel liegen nicht in kommunaler Hand. Wir fordern daher die Landesregierung
20 Nordrhein-Westfalen und die Bundesregierung auf, die Energiewende entschlossen
21 voranzutreiben.

22 Die Kreismitgliederversammlung beauftragt den Kreisvorstand und die grünen
23 Mandatsträger*innen, diese Forderungen aktiv in die Landes- und Bundespolitik einzubringen
24 und zu verfolgen:

25 Ausbau erneuerbarer Energien ambitioniert fortsetzen
26 Der Ausbau von Wind- und Solarenergie ist durch die grüne Regierungsbeteiligung im Bund
27 sowie in NRW massiv beschleunigt worden. Er muss fortgesetzt werden und darf nicht durch
28 politische Initiativen wie das Netzpaket oder ein abruptes Ende der Förderung neuer
29 Solaranlagen sabotiert werden. Für Wind und Sonne benötigen wir auch weiterhin ausreichend
30 Fläche und schnelle Genehmigungsverfahren – nur so gelingt die Elektrifizierung fossiler
31 Sektoren.

32 Klimageld endlich einführen

33 Das Klimageld ist überfällig: Es schafft den sozialen Ausgleich für die CO₂-Bepreisung,
34 stärkt die Akzeptanz der Transformation, entlastet Verbraucher*innen und stabilisiert die
35 Kaufkraft der Haushalte mitten in der Energiekrise. Der technische Auszahlungsmechanismus
36 ist längst bereit, jetzt braucht es den politischen Willen zur Umsetzung.

37 Wärmewende fortsetzen – Keine Rückkehr zur Gasheizung

38 Das Gebäudeenergiegesetz ist wegweisend für die Dekarbonisierung des Gebäudesektors. Auf

39 Grundlage dieses Gesetzes und des Wärmeplanungsgesetzes haben alle Städte in NRW – auch
40 Münster – ihre kommunalen Wärmeplanungen erstellt. Eine Abwicklung dieser Gesetze samt
41 Rückkehr zur Gas- und Ölheizung, wie sie die schwarz-rote Koalition derzeit plant, ist
42 unvereinbar mit dem Klimaschutz und birgt ein enormes finanzielles Risiko für
43 Eigenheimbesitzer*innen und vor allem für Mieter*innen.

44 Mieter*innen vor Kostenabwälzung schützen
45 Steigende Gaspreise bedeuten höhere Nebenkosten für Mieter*innen. Zusätzlich zahlen
46 Mieter*innen über die Modernisierungsumlage jährlich acht Prozent der Investitionskosten,
47 selbst wenn ihre Vermieter*innen eine neue Gasheizung einbauen. So entsteht für
48 Vermieter*innen kaum ein Anreiz, auf klimafreundliche Heizungen umzusteigen. Die
49 Modernisierungsumlage für fossile Heizungen muss deshalb gestrichen werden. Das CO₂-
50 Kostenaufteilungsgesetz muss Investitionsanreize dort setzen, wo sie wirken: bei den
51 Vermieter*innen.

52 Energy-Sharing-Regeln endlich praktikabel ausgestalten
53 Wer Energie erzeugt und an andere weitergibt, ob Wohnungseigentümergeinschaften,
54 Vermieter*innen, Genossenschaften oder Unternehmen, muss heute umfangreiche regulatorische
55 Vorgaben erfüllen, die solche Projekte oft unwirtschaftlich machen. Alle Neuerungen in
56 diesem Themenfeld müssen auf Ihre Wirksamkeit geprüft und bei Bedarf nachgeschärft werden,
57 so dass Energy-Sharing zum Erfolgsmodell wird.

58 Masterplan Geothermie NRW operativ umsetzen
59 Das Land NRW muss seinen Masterplan Geothermie mit Leben füllen und kommunale Projekte
60 prioritär fördern. Die BEW-Bundesförderung für effiziente Wärmenetze ist zu sichern und
61 verlässlich zu planen. Ohne diese beiden Hebel ist die Wärmewende auch in Münster nicht
62 finanzierbar.

63 Verlässlicher ÖPNV
64 Für die Zeit der Energiekrise fordern wir eine deutliche Absenkung des Deutschlandticket-
65 Preises – statt Tank-Rabatte, die in den Taschen der Öl-Konzerne versickern. Darüber hinaus
66 braucht es eine dauerhafte Finanzierungszusage des Bundes sowie massive Investitionen in
67 Erhalt und Ausbau der Infrastruktur, damit der ÖPNV seiner Rolle als Daseinsvorsorge gerecht
68 und zu einer wirklichen Alternative zum PKW wird.

69 StVO-Reform für kommunale Verkehrssteuerung und Tempo 30
70 Der Bund muss den kommunalen Handlungsspielraum für Tempo 30, Busspuren und Fahrradstraßen
71 durch eine konsequente StVO-Reform erweitern. Die Entscheidung, wie Verkehr vor Ort
72 organisiert wird, gehört allein in die Hände der Kommunen.

73 WLE-Reaktivierung und S-Bahn Münsterland beschleunigen
74 Das Land NRW, der Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe und der Bund müssen die
75 Reaktivierung der WLE-Strecke nach Sendenhorst (Ziel: Personenverkehr 2027) sowie den Aufbau
76 der S-Bahn Münsterland (vollumfänglich bis 2040) mit neuen Haltepunkten in Handorf, Dorbaum
77 und Kinderhaus entschlossen vorantreiben. Die Verbindung Münster-Telgte-Warendorf muss
78 ausgebaut werden – als Alternative zum ökologisch und verkehrlich fragwürdigen Ausbau der B
79 51. Auf den Verbindungen zwischen Münster und Warendorf, Steinfurt und Coesfeld muss der
80 Takt der Bahnverbindungen erhöht werden.

81

82 Kommunalpolitik in Münster

83 Wir stehen zu den Zielen aus unserem Wahlprogramm und dem Koalitionsvertrag mit SPD und
84 Volt: Klimaneutralität so schnell wie möglich, vollständig erneuerbare Energieversorgung bis
85 2040, Energiesparen als Leitprinzip, Vorrang für den Umweltverbund, Bürger*innenbeteiligung
86 als Schlüssel. Die aktuelle Energiekrise unterstreicht die Dringlichkeit dieser Ziele. Jetzt
87 kommt es darauf an, unsere Vorhaben schnell und konsequent umzusetzen. Wir bestärken die
88 grüne Ratsfraktion darin, sich dafür mit Nachdruck einzusetzen.

89 Wärmewende vorantreiben

90 Der kommunale Wärmeplan ist wegweisend für Münsters Wärmewende. Er muss in der Ratssitzung
91 im Mai 2026 beschlossen werden und dann unverzüglich in die Umsetzung gehen. Die kommunale
92 Wärmeplanung muss mit breiter Beteiligung und umfassender Energieberatung verbunden werden,
93 damit alle Münsteraner*innen eine verlässliche Orientierung erhalten, wie sie künftig heizen
94 können.

95 Das Fernwärmenetz muss ausgebaut und gleichzeitig von Gas und Öl auf erneuerbare
96 Energiequellen umgestellt werden. Zu den wichtigsten Vorhaben gehören die Nutzung von
97 Tiefengeothermie, eine Klärwasser-Wärmepumpe an der Hauptkläranlage und Freiflächen-
98 Solarthermie in Münster-West.

99 Wo keine Fernwärme genutzt werden kann, kommt Wärmepumpen besondere Bedeutung zu. Dazu ist
100 ein kommunales Wärmepumpen-Programm nötig, mit aufsuchender Beratung, einfachen
101 Genehmigungsverfahren, Quartiersansätzen und gezieltem Aufbau regionaler
102 Handwerkskapazitäten. Das Förderprogramm „Klimafreundliche Wohngebäude“ muss verstetigt
103 werden, damit auch Haushalte mit geringem Einkommen den Umstieg schaffen.

104 Ziel ist es, die Fernwärme bis 2030 zu mindestens 35 Prozent, bis 2040 vollständig
105 erneuerbar zu machen. Auch die Nahwärmenetze in Roxel, Albachten, Hiltrup und Amelsbüren
106 brauchen einen klaren Transformationspfad zur Klimaneutralität.

107 Der Ausstieg aus dem Gasnetz muss geordnet und sozial gerecht umgesetzt werden – mit
108 transparenter und nachvollziehbarer Planung, Verbraucherschutz, Härtefallregelungen und
109 sozialer Abfederung, damit niemand mit einer stillgelegten Leitung allein gelassen wird und
110 die Kosten nicht auf die verbleibenden Anschlussnehmer*innen abgewälzt werden.

111 Wind & Solar ausbauen

112 Alle geeigneten städtischen Liegenschaften müssen möglichst bald mit PV ausgestattet werden.
113 Dazu ist ein Umsetzungsfahrplan nötig. Der Strom aus diesen städtischen PV-Anlagen soll auch
114 genutzt werden, um große Verbrauchsstellen wie Schwimmbäder oder Turnhallen zu versorgen –
115 Strombilanzkreise können so standortübergreifende Nutzung ermöglichen.

116 Der Ausbau und das Repowering von Windenergie sowie zusätzliche Solarprojekte müssen
117 konsequent vorangetrieben werden, damit die Stadtwerke bis 2030 alle Privathaushalte in
118 Münster mit Ökostrom versorgen können. Bei neuen Projekten sollen Beteiligungsoptionen wie
119 Bürgerenergie, Genossenschaften und Energy Sharing zum Standard werden.

120 Energiespeicher müssen mit besonderer Priorität genehmigt und Flächen dafür bereitgestellt
121 werden, da sie zentrale Bausteine für eine stabile und sichere Energieversorgung sind.

122 Gleichzeitig sind Netzverstärkungen, neue Umspannwerke sowie intelligente Steuerungssysteme
123 konsequent auszubauen, um erneuerbare Energien zuverlässig ins System zu integrieren.

124 Systemdienliche Flexibilität – etwa durch Lastmanagement, steuerbare Ladeinfrastruktur und
125 flexible Verbraucher – muss gezielt gefördert und regulatorisch erleichtert werden. Digitale
126 Netzsteuerung und Smart Metering müssen als kommunale Infrastrukturaufgabe vorangetrieben
127 werden. Sie ermöglichen eine effizientere Nutzung der bestehenden Netze, reduzieren den
128 Bedarf an kosten- und flächenintensivem physischem Netzausbau erheblich und senken die
129 Kosten für alle Nutzer*innen.

130 Mobilitätswende

131 Die Mobilitätswende macht uns unabhängig von fossilen Kraftstoffen und reduziert die
132 Emissionen und den Flächenverbrauch des Autoverkehrs. Wir bekennen uns deshalb weiterhin zum
133 konsequenten Vorrang für Fuß-, Rad-, Bus- und Bahnverkehr. Besondere Priorität haben der
134 vierte Nahverkehrsplan, Busspuren zur Beschleunigung und die erste Metrobus-Linie vom
135 Hauptbahnhof über das UKM nach Gievenbeck sowie die Fertigstellung des Fahrradnetzes 2.0.
136 Die Nutzung des ÖPNV muss dauerhaft bezahlbar bleiben.

Begründung

Für uns Grüne ist die Energiewende schon lange ein zentrales Ziel. Denn nur wenn wir es schaffen, von fossilen Energiequellen loszukommen, lassen sich der Klimawandel und seine Folgen begrenzen. Doch zunehmend wird deutlich: Die Energiewende ist nicht nur zentral für den Klimaschutz, sondern ihre Bedeutung geht darüber hinaus. Sie ist zugleich auch Sicherheits-, Sozial- und Standortpolitik.

Der Irankrieg 2026 hat die zweite schwere Energiepreiskrise binnen vier Jahren ausgelöst – nach dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und dem Stopp russischer Gaslieferungen an Deutschland im Jahr 2022. Beide Schocks zeigen dasselbe: Fossile Importabhängigkeit macht uns politisch erpressbar und unsere Gesellschaft verwundbar.

Seit Ende Februar 2026 blockieren zuerst der Iran und jetzt auch die USA Teile der Straße von Hormus, der Durchfahrtsroute für rund ein Fünftel des globalen Öl- und LNG-Handels. Die Preise für diese fossilen Energieträger sind in der Folge rasant gestiegen. In Deutschland bedeutet dies steigende Preise fürs Heizen und Tanken, geringeres Wirtschaftswachstum und steigende Inflation. In anderen Teilen der Welt sind die Folgen weitaus dramatischer, weil die Preise für Lebensmittel und sogar für sauberes Trinkwasser steigen.

Die Energiewende ist mehr als Klimaschutz: Sie ist eine soziale und sicherheitspolitische Notwendigkeit. Nur mit erneuerbaren Energien bleiben Heizen und Mobilität bezahlbar und unsere Gesellschaft gegenüber geopolitischen Schocks resilient. Der Abschied von fossilen Energien bedeutet weniger Emissionen und zugleich höhere Effizienz – mit dem Effekt, dass wir insgesamt weniger Energie benötigen.

Deshalb sind alle politischen Ebenen gefordert, die Energiewende voranzutreiben. Während die Bundespolitik zurück in die fossile Vergangenheit geht, priorisieren wir auf kommunaler Ebene in Münster jene Hebel, die Wärme, Strom, Mobilität und Effizienz gemeinsam anpacken. Dieser Antrag ist für Münster kein Neustart, sondern setzt auf Bestehendem auf. Die aktuelle Krisen erfordern ein Reaktion mit Tempo und Priorisierung.

Beschluss Grün heißt Vegan – Für eine bewusstere Lebensweise in der Partei

Gremium: GRÜNE JUGEND
Beschlussdatum: 20.11.2025
Tagesordnungspunkt: 5. Anträge aus der Mitgliedschaft

Antragstext

1 Die Grünen Münster setzen sich seit jeher für das Tierwohl, artgerechte Lebensbedingungen
2 sowie den Umwelt- und Naturschutz ein. Wir erkennen jedoch an, dass der Schutz der Natur und
3 die Achtung der Tiere unvereinbar mit derer industriellen Nutzung als Ressource ist. Es
4 braucht eine deutliche Reduzierung der Tierzahlen sowie die Stärkung von Tierschutz und
5 ökologischer Standards in der Tierhaltung, um die tiefgreifenden ethischen und ökologischen
6 Misstände zu lösen.

7 Wir setzen uns für konsequenten Tier-, Umwelt-, und Klimaschutz direkt in unserem
8 Kreisverband ein und setzen folgende Maßnahmen um:

9 1. Sämtliche Lebensmittel, die aus grünen Parteigeldern finanziert werden, sind vegan oder
10 vegetarisch und so weit wie möglich aus ökologischem Anbau.

11 2. Auf allen Parteiveranstaltungen wird eine vegane Verpflegung zum Standard. Vegetarische
12 Lebensmittel, wenn sie von Mitgliedern bereitgestellt werden, werden als solche
13 gekennzeichnet, ganz nach Vorbild des Vegan-Default.

14 3. Viele Alltagsprodukte enthalten versteckte tierische Bestandteile. Diese fallen häufig
15 als Nebenprodukte der Nahrungsmittel- und Schlachtindustrie an und werden anschließend in
16 Form von Fetten, Proteinen, Gelatine oder Wachsen in unterschiedlichste Produktionsketten
17 eingebracht. Häufig auch in Büro- und Verbrauchsmaterialien wie Klebstoffen, Stiften,
18 Papier, Druckfarben oder Reinigungsmitteln. Bei Neubeschaffungen wird nach Möglichkeit auf
19 tierfreie Büroartikel zurückgegriffen.

20 4. Der Kreismitgliederversammlung wird im Nachhaltigkeitsbericht 2027 über den Fortschritt
21 der Maßnahmen berichtet.

22
23 5. Der Kreisverband erarbeitet, in Zusammenarbeit mit der Fach-AG und der GRÜNEN JUGEND,
24 eine Aufklärungskampagne, die Tierausbeutung in all ihren Facetten beleuchtet und Wege zu
25 einem ethisch fundierten, tierleidfreien Zusammenleben aufzeigt.

Begründung

Vorbemerkung:

Für uns ist eine faktenbasierte Auseinandersetzung sehr wichtig, weswegen wir uns über konstruktive Kritik sehr freuen!

Bei direkten Fragen oder bei einer ausführlichen und grundsätzlichen Begründung wendet euch sehr gerne an: daniel.cruismann@gj-muenster.de

Begründung:

Ihr Lieben,

die Transformation hin zu einer konsequent pflanzlichen Gesellschaft ist keine bloße Ernährungsfrage, sondern eine notwendige Antwort auf die ethischen, ökologischen und gesundheitlichen Krisen unserer Zeit. Mit diesem Antrag möchten wir die Grünen Münster dazu bringen, den Schutz von Tieren und Umwelt zu Ende zu denken: Weg von einer Politik der „besseren Käfige“ hin zu einer echten Anerkennung von Tierrechten und der Einhaltung planetarer Belastungsgrenzen.

Die wissenschaftliche und moralphilosophische Begründung ruht auf drei zentralen Säulen:

1. Ethische Integrität und Tierrechte: Tiere sind keine Ressourcen, sondern leidensfähige Subjekte mit einem inhärenten Wert. Die systematische Ausbeutung in der Tierindustrie, auch in der Bio-Haltung, steht im fundamentalen Widerspruch zu unserem grünen Grundsatzprogramm, das Tieren eigene Rechte zuspricht. Wir zeigen auf, warum der Vegetarismus den Kreislauf aus Ausbeutung und Tötung nicht durchbricht und nur der vegane Weg ethisch konsequent ist.
2. Ökologische Notwendigkeit innerhalb planetarer Grenzen: Das globale Ernährungssystem ist für ca. 30 % der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Eine pflanzliche Ernährung ist der effektivste Hebel, um den Flächenverbrauch um bis zu 75 % zu senken und Ressourcen für den Klimaschutz, etwa die Wiedervernässung von Mooren im Münsterland, freizusetzen.
3. Glaubwürdigkeit und Vorbildfunktion: Um notwendige Informationen in der Gesellschaft zu bringen, muss die grüne Partei als Pionierin vorangehen. Die Umstellung der verbandsinternen Verpflegung ist der logische Schritt, um unsere eigenen Programminhalte mit praktischem Handeln zu vereinen.

Rückgriff auf das Grüne Grundsatzprogramm (2020)

Die Basis für die Forderung nach einer rein pflanzlichen Verpflegung findet sich direkt im aktuellen Grundsatzprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. In Abschnitt 77 heißt es unmissverständlich:

„Tiere sind fühlende Lebewesen, sie haben Rechte und dürfen nicht zu Rohstofflieferanten oder Unterhaltungsobjekten degradiert werden.“

Unser Kreisverband

Wenn die Partei jedoch weiterhin Tierprodukte mit Parteigeldern finanziert, widerspricht sie diesem eigenen Beschluss: Wer Fleisch, Milch oder Eier kauft, behandelt Tiere faktisch als „Rohstofflieferanten“. Nur die pflanzliche Lebensweise entkoppelt Tiere konsequent aus diesem Verwertungsprozess. Das Grundsatzprogramm betont, dass Tieren ein „gutes und gesundes Leben“ zusteht. Da jedoch auch Bio-Haltungsformen systemimmanente Leiden wie Knochenbrüche (bei 97 % der Legehennen) oder die Trennung von Kalb und Kuh beinhalten, ist die Nutzung von Tierprodukten mit dem Schutz dieser Rechte unvereinbar.

Hier müssen wir uns weiterentwickeln!

Vielen Dank